

FAZ 07.08.2013

Standpunkt: Dieter Ameling

Freispruch für CO₂ – Revision der Energiewende

Der renommierte Meteorologe Hans von Storch hat jüngst im „Spiegel“ sehr klar bekannt, dass eine Erderwärmung seit 15 Jahren nicht mehr stattfindet. Die Mittelwerte der Daten des Deutschen Wetterdienstes (DWD) zeigen sogar einen Rückgang der Temperaturen, und das, obwohl die Kohlendioxidwerte (CO₂) weiterhin von Jahr zu Jahr gleichmäßig steigen.

Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen steigenden CO₂-Gehalten der Luft und dem dadurch bedingten Temperaturanstieg existiert also nicht. Von Storch vermutet, dass in den Klimamodellen der Klimaforscher ein fundamentaler Fehler steckt und die Vorhersagen korrigiert werden müssen.

Es ist höchste Zeit für einen Freispruch des CO₂ mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen:

- Revision der CO₂-Einsparziele. Klimaschutz durch CO₂-Reduktion ist nicht möglich. Das Klima kann man nicht schützen. Klimawandel gibt es, solange die Erde sich dreht.
- Revision der Energiewende mit dem Schwerpunkt „Totaler Stopp für den Ausbau der erneuerbaren Energien“. Der Ausstieg aus der Kernenergie soll dabei nicht revidiert werden.
- Revision der überzogenen CO₂-Grenzwerte für die Automobilindustrie.
- Alle volks- und betriebswirtschaftlich sinnvollen Maßnahmen zum Einsatz fossiler Energien mit dem Ziel einer höheren Energieeffizienz werden konsequent umgesetzt.

Dies vor dem Hintergrund, dass die von einer Ethikkommission vorgeschlagene Energiewende von Kanzlerin Angela Merkel ohnehin schon gescheitert ist. Umweltminister Peter Altmaier befürchtet Kosten von mehr als einer Billion Euro durch den Umstieg auf erneuerbare Energien. Die energiepolitische Revolution wird immer teurer. Die Devise der Grünen „Erneuerbare ausbauen, egal was es kostet“



Dieter Ameling war Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl.

führt zu einer Deindustrialisierung Deutschlands.

Altmaier wird den Spezialauftrag des Kabinetts, den Strompreisanstieg zu verhindern oder doch wenigstens zu verhüten, dass die Bundesregierung dafür haftbar gemacht wird, nicht erfüllen können. Die neue Stromrechnung für das nächste Jahr könnte zu einer Katastrophe werden, politisch wie wirtschaftlich. Die Strompreislage für erneuerbare Energien beträgt in diesem Jahr 5,3 Cent je Kilowattstunde. Der ungebremste Ausbau vor al-

lem der Photovoltaik wird dazu führen, dass die Umlage in 2014 auf etwa 7 Cent je Kilowattstunde ansteigt. Damit wird die finanzielle Belastung der privaten Haushalte (drei Personen, 3500 Kilowattstunden im Jahr) von bisher 186 Euro pro Jahr auf rund 245 Euro anwachsen. Wenn die in der Energiewende geforderten Ziele zum Beispiel für 2030 mit 50 Prozent EEG-Stromanteil erreicht werden, wird die Belastung auf mehr als 500 Euro pro Jahr ansteigen – eine gnadenlose Kaufkraftvernichtung.

Die Industrie hat sich endlich auch zu Wort gemeldet, sie schlägt Alarm. Die Energiewende ist international ein Flop. Der deutsche Weg findet keine Nachahmer. Im In- und Ausland ist offensichtlich geworden, dass das frühere Versprechen unserer Politiker einer so gut wie kostenlosen Energierevolution nichts als eine Vorspiegelung falscher Tatsachen war. Die deutsche Klimapolitik wird als reines Wunschdenken kritisiert. Wir zahlen viel zu viel für ein schlechtes Ergebnis. Wir sind auf dem Holzweg. So sieht es auch EU-Energiekommissar Günther Oettinger. Deutschland setzt seine Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel. Unsere Industriestrompreise gehören inzwischen zu den höchsten weltweit.

Die energieintensiven Industrien (Stahl, Metalle, Papier, Zement, Chemie, Keramik) haben die Grenze der Belastbarkeit erreicht. Ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit ist höchst gefährdet. Die energieintensiven Industrien fahren inzwischen schon ihre Investitionen zurück, zumal auch Planungssicherheit fehlt. Die

Investition in einen neuen Hochofen muss sich über die gesamte Laufzeit von 30 Jahren rentieren.

Es ist unwahrscheinlich, dass in Deutschland noch mal ein neues Stahlwerk gebaut wird, eine große Chemiefabrik oder ein Werk für Karbonfasern. Wer die freie Wahl hat, wird sich für Standorte entscheiden, die niedrige Energiekosten aufweisen.

Die Investitionen der Ausländer in Deutschland sind deutlich weniger geworden. Wir sind in der Statistik auf Platz 39 abgefallen. Umgekehrt sind deutsche Investitionen im Ausland stark angestiegen. Wer die freie Wahl hat, wird meist woanders hingehen. In den Vereinigten Staaten wird der Strom viermal billiger, wenn die Erdgasproduktion durch Fracking gesteigert wird.

Natürlich muss die Automobilindustrie energieeffiziente Fahrzeuge bauen. Auch im Automobilbau dürfen dabei die volks- und betriebswirtschaftlichen Grundregeln nicht außer Kraft gesetzt werden. Andernfalls werden die Neuwagen erheblich teurer. Eine Studie der RWTH Aachen beziffert den Preisaufschlag bei einem Grenzwert von 95 Gramm CO₂/l auf 2800 bis 3600 Euro. Die Zusatzkosten sind außerhalb Europas nicht mehr wettbewerbsfähig. Damit wird die europäische Autoindustrie am Weltmarkt keine Rolle mehr spielen.

Die Deindustrialisierung in Deutschland verringert den Wohlstand, schwächt das soziale Netz. Wir nähern uns sehr schnell der Situation der Industrie in England und Frankreich.